



„Gleichwertige Lebensverhältnisse - ein Schwerpunkt der Bundespolitik“

Rede von Herrn Staatssekretär Dr. Kerber zur Abschlussveranstaltung Modellvorhaben „Sicherung von Versorgung und Mobilität - ein Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen“

am 11. September 2018, 10.00 Uhr

**im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Erich-Klausener-Saal),
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir, meine Rede mit 3 Richtigstellungen zu beginnen:

Nein, ich habe mich nicht verirrt.

Nein, ich bin weiterhin Staatssekretär im Innen-, und nicht im Verkehrsministerium.

Nein, Horst Seehofer erhebt nicht auch den Anspruch auf das Verkehrsministerium.

Aber es hat natürlich einen Grund, warum ich als Vertreter des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat hier im Klausener-Saal des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur die Eröffnungsrede zu dem heutigen Abschlusskongress zum Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse - ein Schwerpunkt der Bundespolitik“ halten darf.

Der tiefere Grund ist der 27. September 2017, der Tag der letzten Bundestagswahl. Ich erinnere an einige Ergebnisse dieser Wahl:

- Die Union holt mit 32,9 % und einem Verlust von 8,6 Prozentpunkten ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949
- Die CSU hat mit 38,8 % und einem Verlust von über 10 % ebenfalls ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949
- Die SPD erreichte mit 20,5 % ebenfalls ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl
- Der AfD gelang mit 12,6 % der erstmalige Einzug in den Bundestag

An diesem Wahlabend haben sich ein paar Scheinwerfer auf die soziale und mentale Verfasstheit dieses Landes gerichtet. Dieses Wahlergebnis hat deutlich gemacht, wie verunsichert Millionen von Menschen in unserem Land sind. Und - um das gleich vorweg zu sagen: die vorübergehend unkontrollierte Massenzuwanderung in 2015 ist sicher eine Ursache dieser Verunsicherung, aber nicht die Einzige, denn die eigentlichen Gründe gehen viel tiefer.

Wir hatten 2015 nicht nur - wie Wolfgang Schäuble es so treffend formulierte - ein Rendezvous mit der Globalisierung. Tatsächlich leben wir seit vielen Jahren mit ihr. Und es gibt nicht wenige, die gut mit ihr und vor allem gut von ihr leben. Es gibt aber viele, die sie überfordert; viele die nicht wissen, wie sie mit ihr umgehen sollen.

Dabei steht „Globalisierung“ stellvertretend für vieles andere:

- Digitalisierung
- eine rasant zunehmende Mobilität
- neue Kommunikationstechniken
- Zuwanderung.

So unterschiedlich diese Phänomene sind: Sie stehen in engem Zusammenhang und sie bedeuten für viele Menschen vor allem eines: Vertrautes, Gewohnheiten und Gewissheiten gelten nicht mehr und mit ihnen geht auch ihre soziale und psychische Stabilisierungs- und Bindungswirkung verloren.

Was aber gibt dem Einzelnen Sicherheit und Halt? Es ist zunächst die Familie; Kinder finden ihren ersten Halt im Zusammensein mit Eltern und Geschwistern. Und es ist die Heimat.

Es fehlt die Zeit, hier näher auf diesen Begriff einzugehen. Nur kurz so viel: Er hat im Deutschen ein Bedeutungsspektrum wie in wohl keiner anderen Sprache. Auch deswegen eignet er sich natürlich besonders dafür, instrumentalisiert und missbraucht zu werden. Und weil das geschehen ist, haben wir ihn nach 1945 lange nicht oder nur verschämt gebraucht. Dabei ist seine Bedeutungsvielfalt ein großer Vorteil: in ihm drückt sich für jeden versteh- und fühlbar aus, was uns als Einzelne und gemeinsam ausmacht und berührt.

Heimat ist nicht nur ein Gefühl, sondern ein stabiles Lebensfundament. Heimat ist eine soziale Einheit, in der Werte und Traditionen geteilt werden, in der Menschen Sicherheit und Verlässlichkeit finden. Heimat ist nicht Rück- oder Nabelschau, es ist keine Idealisierung; in Heimat manifestiert sich ein erfüllender Lebenskontext.

Wie in allen existenziellen Bereichen - z.B. Gesundheit, Frieden, Familie - wissen auch bei Heimat diejenigen am besten, was sie wirklich bedeutet, die sie verloren haben. Dabei geschah und geschieht der Verlust von Heimat nicht nur schnell und gewalttätig, wie bei Flucht und Vertreibung. Er kann sich auch schleichend, Stück für Stück und über lange Zeit vollziehen.

So erleben es seit Jahrzehnten viele Menschen in sogenannten strukturschwachen Gegenden, insbesondere in Dörfern und Kleinstädten unseres Landes. Dieser Prozess verläuft immer ähnlich: Kinder, Nachbarn und Freunde ziehen in die Großstädte oder ins Ausland, wo sie bessere berufliche Entwicklungschancen haben, Nachbarhäuser stehen leer, der Arzt hat keinen Nachfolger gefunden, der Bäcker hat zugemacht, die Bahnstation wurde schon vor Jahren geschlossen.

Zurück bleiben die A-Gruppen: Arme, Alte, Arbeitslose, bis auch sie eines Tages nicht mehr da sind. Wenn Orte und Regionen veröden, veröden auch die Seelen der Zurückgebliebenen und mit jedem aufgegebenen Ort wird unser Land insgesamt ärmer. Ein Land, das doch gerade seine landschaftliche, kulturelle und landsmannschaftliche Vielfalt ausmacht.

Und deswegen ist es so wichtig, dass Menschen eine Heimat haben und behalten, dass sie nicht genötigt werden, sie zu verlassen. Das setzt aber voraus, dass sie und ihre Kinder vergleichbar auskömmlich leben können wie Menschen in anderen, strukturstärkeren Regionen des Landes; dass die Lebensverhältnisse im Land so weit wie möglich angenähert sind.

Die Bedeutung möglichst gleichwertiger Lebensverhältnisse ist kaum zu überschätzen: Dieses Postulat ist ein Gebot der Humanität und der sozialen Gerechtigkeit. Ungleichheiten zwischen Teilräumen eines Landes soweit wie möglich zu verringern, ist ein Gebot der Vernunft und der politischen Verantwortung und eine nachhaltige Investition in die Zukunft.

Nun ist das alles natürlich nicht neu. Die Forderung steht seit Jahrzehnten im Grundgesetz. Ich darf kurz aus dem Bundesraumordnungsprogramm von 1975 - also vor 43 Jahren - zitieren:

„Das Bundesraumordnungsprogramm soll auf raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen so einwirken, dass gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Bundesgebiets geschaffen und erhalten werden [...]. Nur so kann verhindert werden, dass als Folge besonderer Strukturschwächen größere Teilräume sich in zunehmendem Maße entleeren und für die verbleibende Bevölkerung die soziale Benachteiligung zunimmt“.

Es ist also nicht neu. Es ist aber leider zu wenig geschehen. Und so hat sich das Problem weiter verschärft. Ich nenne nur eine Zahl, um die Dimension zu verdeutlichen: Seit 1994 wurden über 5000 Eisenbahnkilometer stillgelegt - über 5000 km! Das sind mehr als 10 % des gesamten Streckennetzes.

Die - insbesondere demographische - Entwicklung hat inzwischen in Teilen unseres Landes zu solchen Disparitäten geführt, dass die soziale und politische Stabilität unseres Landes in Gefahr ist.

Denn die Menschen beurteilen die Qualität ihres Lebens und die Funktionstüchtigkeit des politischen Systems in erster Linie nach dem, was sie in ihrer unmittelbaren Umgebung erleben und danach, welche Perspektiven und Sicherheit der Staat gewährleistet.

Wie Millionen Deutsche ihre Lebenssituation und die Aufgabenerfüllung durch die Politik einschätzen, haben sie in dem Wahlergebnis vom 27. September 2017 zum Ausdruck gebracht.

Dies war also die Ausgangssituation für die anschließenden Koalitionsverhandlungen. Und vor diesem Hintergrund haben die Regierungsparteien im aktuellen Koalitionsvertrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse breiten Raum gegeben.

Der Koalitionsvertrag befasst sich damit an mehreren Stellen und ausführlich im Abschnitt „Heimat mit Zukunft“ und hat sie durch die Anbindung der Zuständigkeit für den neuen Bereich Heimat im Innenministerium institutionell abgesichert.

Hier ist mir eine Feststellung sehr wichtig: Mit der Erweiterung seiner Zuständigkeit um die Aufgabe „Heimat“ reklamiert das Bundesinnenministerium selbstverständlich nicht die alleinige Zuständigkeit und Kompetenz für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und den Zusammenhalt in unserem Land. Natürlich nicht. Das ist politisch eine nationale und thematisch eine Querschnittsaufgabe.

Und damit ist jedes Ministerium und jede Behörde im Bund und in den Ländern, ist jeder Landkreis und jede Gemeinde eine Heimatbehörde und steht für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Verantwortung.

Die Aufgaben sind vielfältig, der Koalitionsvertrag benennt sie: Gesundheit und Pflege, Infrastruktur, Bildung und Kultur, Breitband- und Mobilfunkausbau, Digitalisierung, Unternehmens- und Behördenansiedlungen, Stärkung der regionalen und Wirtschafts- und Innovationskraft. Und in besonderer Weise eben auch Mobilitätskonzepte und -angebote.

Das Bundesinnenministerium will seinen Beitrag dazu leisten, dass diese Aufgaben enger als bisher zusammengedacht und zusammengeführt werden und so ein Mehrwert für die Erreichung des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse geschaffen werden kann.

Im Rahmen dieses Neuzuschnitts wurden dem BMI die Haushaltsmittel übertragen, aus denen auch das Modellvorhaben „Sicherung von Versorgung und Mobilität - ein Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen“ finanziert wird, dessen 1. Staffel mit der heutigen Veranstaltung abgeschlossen wird.

Und das ist der Grund, um auf meine Eingangsbemerkung zurückzukommen, warum ich heute hier zu Ihnen sprechen darf.

Ich bin dankbar, dass für die Fortsetzung des Projekts ausreichend Haushaltsmittel aus dem Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ für die nächsten 4 Jahre zur Verfügung stehen. Denn ohne den nachfolgenden Rednern vorgreifen zu wollen, die das Projekt vorstellen werden: Es ist es ein sehr wichtiges Projekt!

Für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse kommt der Mobilität eine Schlüsselrolle zu. Das leuchtet unmittelbar ein. Eine ländliche Region ist als Wohn-, Lebens- und Arbeitsraum attraktiv und hat Zukunft, wenn ich dort mobil bin und zumutbar die nächstgelegenen Zentren erreiche, in denen die vor Ort nicht verfügbaren Güter und Dienstleistungen vorhanden sind.

Doch auch die Mobilitätsangebote unterliegen den Folgen des Strukturwandels. Der ÖPNV konzentriert sich nach wie vor zu sehr an den starken Linien und ist oft von - vielfach zurückgehenden - Schülerzahlen abhängig. In weiten Teilen ist die Mobilität der Bevölkerung von Selbstorganisation bestimmt. Der Anteil und die Bedeutung der Pkw-Nutzung sind in ländlichen Regionen unverändert groß.

Bei solch einer Herausforderung reichen die isolierte Betrachtung von Mobilität und Insellösungen zur Verbesserung einzelner Mobilitätsangebote nicht aus. Nötig ist ein neues Zusammendenken von Siedlungsstruktur, Versorgung und Mobilität in Form von regional angepassten, flexiblen Strategien, Konzepten und Projekten. Und genau hier setzen diese Modellvorhaben an. Ich setze große Hoffnung darauf, dass sie uns zu einer konsistenten Strategie für die Bewältigung der komplexen Mobilitätsherausforderungen in strukturschwachen Regionen verhelfen.

Ich sprach eingangs von der großer Unzufriedenheit in unserem Land. Sie resultiert sicher auch daraus, dass Menschen zunehmend das Gefühl haben, die politischen Entscheidungsträger würden ihre konkrete Lebenssituation nicht verstehen, dass ihnen nicht wirklich zugehört würde. Diese Modellprojekte zeichnet aus, dass sie nicht vom grünen Ministeriumstisch aus umgesetzt wurde, sondern dass die Betroffenen vor Ort, dass die Bürger selbst wesentlich Inhalt und Ablauf der Projekte bestimmen haben. Nur so sind praxistaugliche und nachhaltige Ergebnisse zu erreichen.

Wir werden daher - das kann ich Ihnen hier zusagen - die Ergebnisse in die Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse einbringen, wie im Abschlussbericht vorgeschlagen. In dieser, vom Bundeskabinett am 18. Juli eingesetzten Kommission, werden die Bundesministerien zusammen mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden bis Sommer 2019 einen Bericht mit konkreten Vorschlägen vorlegen. Ziel ist es, konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, mit denen bis zum Ende der Legislaturperiode und darüber hinaus effektive und sichtbare Schritte hin zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreicht werden. Die konstituierende Sitzung der Kommission wird am 26.9.2018 stattfinden.

Sehr verehrte Damen und Herren,

Ich habe meine Rede mit einer dreifachen Richtigstellung begonnen: Ich schließe mit einem dreifachen Dank an das BMVI.

1. Ich danke für die kollegiale und sachgeleitete Zusammenarbeit bei der Übergabe dieses Projektes, von der mir meine Mitarbeiter berichtet haben. Dieser Dank gilt insbesondere dem bisher verantwortlichen Leiter des Projektes, Herrn Dr. Rittmeier und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, stellvertretend Herrn Dr. Buthe, und der Forschungsassistenz beim Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel, Frau Dr. Herget, sowie Herrn Kaether von der Hochschule Neubrandenburg.
2. Ich danke den teilnehmenden Modellregionen. Wir werden heute Nachmittag ja Gelegenheit haben, von mehreren Landräten sozusagen aus erster Hand und aus der Praxis zu erfahren, wie sie die Mobilitätsherausforderungen in ihrem Verantwortungsbereich angegangen sind.
3. Last but not least danke ich Ihnen allen. Dafür, dass Sie dieses Projekt so engagiert und erfolgreich durchgeführt haben. Das BMVI hat ordentlich vorgelegt, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sich anstrengen müssen. Herzlichen Dank an das BMVI, dass wir heute bei Ihnen sein dürfen!